

Titel der Drucksache:

**Veröffentlichung des Ergebnisberichts
 Schulen**

Drucksache

1441/19

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	28.08.2019	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister alle notwendigen Schritte einzuleiten, um den Ergebnisbericht Schulen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

12.08.2019, gez. i.A. Perdelwitz

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2019	2020	2021	2022
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EU	EU	EU	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EU	EU	EU	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EU	EU	EU	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EU	EU	EU	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Der Ergebnisbericht Schulen wird in allen Diskussionen vom Schulbau über die Sanierung der Erfurter Schulen bis hin zur Einlage der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in die Stadtwerke Erfurt als Grundlage für vorangegangene und sicher auch künftige Entscheidungen angeführt. Den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ist er jedoch nicht zugänglich. Vor allem politisch getroffene Entscheidungen lassen sich so nicht nachvollziehen. Hieraus resultiert ein öffentlicher Diskurs, der mit emotionalen Standpunkten, nicht aber auf Grundlage nachvollziehbarer Daten geführt wird. Der Verschluss des Berichts macht aus den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt Zaungäste, die sich auf wenig mehr als das Wort ihrer Stadträtinnen und Stadträte verlassen können müssen – Bürgerbeteiligung geht anders. Und auch die interessierte Fachöffentlichkeit kann wenig zur Bewertung und Einordnung der Ergebnisse dieses Berichts beitragen. Nicht zuletzt wurden Inhalte des Berichts nach Aussagen verschiedener Fraktionen bereits öffentlich in Veranstaltungen behandelt.